Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

7.8.1864 (No. 185)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 7. August.

Nr. 185. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1864.**

Telegramme.

† **Flensburg,** 6. Aug. Die „Nordd. Ztg." hört, daß auf Sonntag zwei dänische Dampfer mit 800 beurlaubten (entlassenen?) schleswig'schen Soldaten erwartet werden.

† **Randers,** 6. Aug. Die amtliche Zeitung enthält eine Bekanntmachung des Militärgouverneurs v. Falckenstein vom 2. d. M., wornach während der Dauer des Waffenstillstandes der Kriegszustand in Jütland unverändert fortbesteht.

† **Neu-York,** 27. Juli. Am 22. d. M. hat bei Atlanta ein verzweifelter Kampf stattgefunden; das Resultat war unentschieden. Der Unionsgeneral Sherman behielt seine Stellung im Innern eines Theils der Befestigungen inne. Der Unionsgeneral Hunter wurde geschlagen und zog sich über Harpersferry zurück. Es wird jetzt eine neue Invasion in Maryland erwartet.

Goldagio 256¾, Wechselkurs 280.

Deutschland.

Karlsruhe, 5. Aug. Es kommt uns so eben die Nachricht zu, daß Ihre Majestät die Königin-Wittwe von Württemberg mit Ihren Königlichen Hoheiten der Prinzessin Friedrich und dem Prinzen Wilhelm von Württemberg vorigen Montag den 1. August Sich zum Besuch der höchsten Herrschaften auf der Mainau eingefunden haben und am Abend wieder nach Friedrichshafen zurückgekehrt sind, nachdem Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Frau Großherzogin in verflossener Woche den wüttembergischen Herrschaften Ihren Besuch in Friedrichshafen abgestattet hatten.

Mittwoch den 3. August, Nachmittags 3½ Uhr, traf Ihre Majestät die Königin Augusta von Preußen in Konstanz ein, wo Sich Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Frau Großherzogin zur Begrüßung der hohen Frau eingefunden hatten.

Die höchsten Herrschaften begaben Sich sofort auf dem bereit gehaltenen Dampfschiff auf die Insel Mainau; Ihre Majestät gedenkt mehrere Tage daselbst zu verweilen.

Frankfurt, 5. Aug. Offizielle Mittheilung über die Bundestags-Sitzung vom 4. Aug.

In der heutigen Sitzung der Bundesversammlung wurden mehrere Berichte der Bundes-Zivilkommissäre und des Höchstkommandirenden der Bundes-Exekutionstruppen in Holstein verlesen, welche theils die Vorgänge in Rendsburg, theils administrative und finanzielle Gegenstände betreffen. Sie wurden sämmtlich den vereinigten Ausschüssen zugewiesen.

Dem Ausschuß für die Verfassungsangelegenheit des Herzogthums Holstein wurde überwiesen ein Antrag der kurfürstl. hessischen Regierung in Betreff der von Sr. Hoheit dem Prinzen Friedrich Wilhelm von Hessen erhobenen Ansprüche auf sofortige Anerkennung als Herzog von Lauenburg und Ueberlassung der Regierung in diesem Herzogthum, vorbehaltlich weiterer Ansprüche auf das Königreich Dänemark und die mit demselben verbundenen Länder.

Endlich beschäftigte sich die Bundesversammlung noch mit mehreren, auf die Bundesfestungen Bezug habenden Gegenständen und mit Eingaben von Privatpersonen.

Stuttgart, 2. Aug. Die Petition, die in der Landesversammlung vom 19. Juni an die Regierung für Erhaltung des Zollvereins beschlossen und von vielen Hunderten der angesehensten Gewerbtreibenden unterzeichnet worden, hat nachträglich noch 1700 Unterschriften gefunden. Es wird demnach in Württemberg nur noch wenige Industrielle geben, welche die Petition nicht unterzeichnet hätten.

München, 3. Aug. Die „Bayer. Ztg." schreibt:

Die im Wesentlichen bekannten Resultate der Wiener Friedenskonferenz bieten, wie wir glauben, für Deutschland des Grundes genug, um sich dazu Glück zu wünschen. Ein zwanzig Jahre langer heftiger und verwickelter Streit hat seine Lösung gefunden und ist mit Waffenruhm in allen Ehren für das deutsche Vaterland geschlichtet. Was wir ersehnten und erstrebten, die drei Herzogthümer sind für immer von Dänemark getrennt. Nichts übrigt, als daß die Souveränetätsfrage in dem Sinn entschieden werde, wofür die Mittelstaaten treu und fest einzustehen keinen Augenblick geschwankt haben. Wir dürfen wohl nicht mehr zweifeln, daß das definitive Friedensinstrument hinter den Friedenspräliminarien nicht zurückbleiben werde, und sicher vertrauen wir, daß bis dahin auch allseitig die Rechtsfrage so entschieden sein werde, wie es das deutsche Rechtsbewußtsein und das in Besitz genommene Land fordern.

Kassel, 4. Aug. (Fr. J.) An den Abenden der letzten Tage fanden wiederholt lärmende Auftritte zwischen Soldaten und Männern der untersten Volksklasse statt, so daß seit gestern dem Militär der Aufenthalt in einem bestimmten Rayon, soweit es sich nicht im Dienst befindet, untersagt ist. Zur Aufrechthaltung dieses Verbots und der Ruhe durchziehen Abends starke Patrouillen die betreffenden Stadttheile. Ein Soldat soll bei einer solchen Rauferei durch einen Messerstich erheblich verletzt sein. — Der Kurfürst wird noch in dieser Woche zurückkehren. — Noch immer wird das Ministerium des Innern auftragsweise von Hrn. Pfeiffer versehen, und so lange dies geschieht, ist weder darauf zu rechnen, daß einer der erheblichen, in das Ressort des Innern gehörenden Gesetzentwürfe veröffentlicht werde, noch daß andere brennende Angelegenheiten, wie Gewerbegesetzgebung, Verkoppelung ꝛc., endlich einmal über das Vorbereitungsstadium hinaus gelangen.

Hannover, 4. Aug. Die „N. Hannov. Ztg." bemerkt heute in offiziöser Weise:

Die preußische „Kreuzztg." fährt fort, die bewährte Disziplin der k. hannover'schen Armee auf die gehässigste und unverantwortlichste Weise zu verdächtigen. Sie behauptet nicht nur fortgesetzt, daß Angriffe hannover'scher Truppen auf die preußischen Lazarethe dennoch stattgefunden hätten, sondern wagt es auch, die Beschuldigung auszusprechen, daß bereits vor dem Ausmarsch unserer k. Truppen nach Holstein Szenen stattgefunden hätten, welche bewiesen haben sollen, daß die Disziplin gelockert sei.

Was die erstere Behauptung betrifft, so können wir sie nur wiederholt für vollständig unbegründet erklären. Es würden solche Behauptungen überhaupt unmöglich sein, wenn von preußischer Seite die doch wahrlich billige und bescheidene Bitte des diesseitigen Militärkommando's, einen preußischen Offizier zu einer unparteiischen Untersuchung zu stellen, nicht geraden Wegs abgeschlagen worden wäre. Wäre eine solche gemeinschaftliche Untersuchungskommission eingesetzt worden, so wäre der objektive Thatbestand auf das unparteiischste festgestellt, und es hätte von allen Seiten der Wahrheit die Ehre gegeben werden müssen. Wenn man aber, was unter deutschen Bundesgenossen noch nie vorgekommen ist, jene Bitte ohne Weiteres abzuschlagen sich für berechtigt hielt, so sollte die preußische Presse auch die ernste Pflicht anerkennen, nicht durch einseitige Verdächtigungen die militärische Ehre eines verbündeten Staates zu kränken.

Die zweite Behauptung der „Kreuzzeitung" ist vollständig erfunden. Der Abmarsch der k. hannover'schen Truppen nach Holstein hat keine gelockerte Disziplin gezeigt, sondern nur überall die musterhafteste Ordnung bewiesen.

Hamburg, 5. Aug. (Fr. J.) Laut Anzeige an die betreffende hiesige Eisenbahn-Direktion hat gestern der Rücktransport dänischer Kriegsgefangenen aus Oesterreich begonnen.

Flensburg, 4. Aug. Die „Nordd. Ztg." berichtigt ihre Mittheilung über die Friedensfeier dahin, daß, wie sie vernehme, das Hoch des Frhrn. v. Zedlitz dem „selbständigen, in inniger Freundschaft mit Preußen verbundenen Schleswig-Holstein" gegolten habe.

Hadersleben, 2. Aug. Der „Schles. Ztg." schreibt man: Gestern Nachmittag um 5 Uhr verbreitete sich in Hadersleben mit Blitzesschnelle die Nachricht, der Friede sei geschlossen, Schleswig, Holstein und Lauenburg sei von Dänemark abgetreten. Ein endloser Jubel durchdrang die Einwohnerschaft dieser Stadt, aber auch gleichzeitig das daselbst garnisonirende Militär — Preußen und Oesterreicher. Mit Freudenthränen in den Augen liefen Männer, Frauen, Knaben und Mädchen über die Straßen und Plätze, um, wenn möglich, ihre nächsten Freunde und Freundinnen mit dieser Nachricht zu überraschen. Gleich darauf sah man von allen Häusern Fahnen wehen und Soldaten mit Bürgern Arm in Arm die Straßen Hadersleben's durchwandeln, indem sie das Schleswig-Holsteinlied sangen. Wer eine Guitarre, Flöte oder Violine hatte und spielen konnte, zog mit und begleitete auf seinem Instrument das Volkslied. Vor den Häusern fanatischer dänischer Bürger und der noch immer hier amtirenden dänischen Beamten wurde Halt gemacht und das Lied wiederholt.

Berlin, 4. Aug. Die Abreise des Königs aus Gastein ist nach der „Kreuz-Ztg." auf den 15. d. M. angesetzt, und die Rückkehr desselben nach Berlin wird zum 19. d. erwartet. — Dasselbe Blatt erzählt: Am 30. v. M. gerieth ein Soldat in der Havel (Schwimmanstalt des 1. Garderegiments bei Potsdam) in Lebensgefahr; er sank unter, verwickelte sich in das Wasserkraut und blieb unter Wasser. Der Kronprinz, welcher ebendaselbst zu baden pflegt, saß gerade im Bademantel auf dem Gerüst der Anstalt. Kaum bemerkte er von der Gefahr, als er flugs den Mantel abwarf, sich in's Wasser stürzte, pfeilschnell nach der ziemlich entfernten Stelle hinschwamm und den verunglückten Soldaten an den Haaren herauszog. Die hinzugerufenen Schwimmmeister unterstützten den Prinzen bei der Weiterbringung des geretteten Mannes, welcher schon sieben Minuten unter Wasser gewesen war.

Die „Prov.-Korresp." schreibt: „Von den Grundbesitzern mehrerer Kreise war das Gesuch gestellt worden, daß ihnen eine Anzahl der auf preußischen Festungen untergebrachten dänischen Kriegsgefangenen zur Verrichtung ländlicher Arbeiten überwiesen werde. In Folge Dessen ist nach Entscheidung des Königs eine derartige Beschäftigung dänischer Kriegsgefangenen für zulässig erklärt worden, doch nur unter gewissen Bedingungen. Es soll nämlich eine Ueberweisung nur dann stattfinden, 1) wenn die Gefangenen sich zu solchen Arbeiten bereit erklären, 2) wenn die Grundbesitzer für Erstattung der Transportkosten aufkommen, und bei angemessener Verpflegung der Gefangenen nach den für das preußische Militär geltenden Grundsätzen noch eine Geldzulage gewähren, und 3) wenn eine passende Beaufsichtigung der Kriegsgefangenen möglich gemacht werden kann. Die Grundbesitzer haben sich mit ihren besonderen Gesuchen für den erwähnten Zweck an die Bezirksregierung zu wenden."

* **Berlin,** 5. Aug. Die „N. Pr. Ztg." theilt zwei Artikel des Waffenstillstands-Protokolls im Wortlaut mit und bemerkt, daß eine vollständige Veröffentlichung der Verhandlungen wohl nur mit Genehmigung Dänemarks und Oesterreichs zu erwarten sei. Diese zwei Artikel lauten in der Uebersetzung aus dem Französischen:

Vom 2. Aug. d. J. wird eine vollständige Einstellung der Feindseligkeiten (suspension complète d'hostilités) zu Wasser und zu Land eintreten, welche bis zum Abschluß des Friedens dauern wird. Für den Fall, daß wider alles Erwarten die Friedensverhandlung bis zum 15. Sept. d. J. nicht zum Ziel führen würde, werden die hohen kontrahirenden Parteien von diesem Datum an das Recht haben, den Waffenstillstand (armistice) mit einer Frist von 6 Wochen zu kündigen.

Die Erhebung der Kontributionen, soweit sie noch nicht vollzogen ist, wird eingestellt. Die Waaren oder andern Gegenstände, die unter dem Titel dieser Kriegskontributionen mit Beschlag belegt und vor dem 3. Aug. nicht verkauft worden sind, werden freigegeben. Neue Erhebungen von Kriegskontributionen werden nicht angeordnet werden.

Bezüglich der Zollvereins-Frage erfährt die „Nordd. Allg. Ztg.", daß dieser Tage endlich die Münchener Punktationen überreicht worden sind. „Dieselben werden jedenfalls — sagt das genannte Blatt — zum Gegenstand sorgfältiger Erwägungen gemacht werden, wobei es selbstverständlich sein dürfte, daß die Regierung nicht von der Politik abweichen kann, die sie in Gemeinschaft mit ihren Zollverbündeten befolgt."

Der „Köln. Ztg." zufolge ist Präsident Hansemann gestern Nachmittag in Schlangenbad gestorben.

Magdeburg, 2. Aug. (Nat.-Ztg.) Eine hier abgehaltene Arbeiterversammlung hat einstimmig beschlossen, der von Seiten des Berliner Arbeitervereins an das Staatsministerium gerichteten Petition um Einführung voller Gewerbefreiheit und Freizügigkeit beizutreten. Der Schluß der Petition lautet:

Das k. Staatsministerium wolle unter Aufhebung der beschränkenden Bestimmungen der Gewerbeordnung vom 17. Jan. 1845, und ganz besonders der §§. 182, 183 und 184 derselben, der Verbote der Vereinigungen von Handwerkern und Arbeitern zum Zweck der Einwirkung auf ihre Lohnverhältnisse und dergleichen, ferner der Gewerbeordnung vom 9. Febr. 1849 und des Regulativs vom 24. Apr. 1833, betreffend das Wandern von Gewerbegehilfen, sowie aller andern, den freien Gewerbebetrieb und die Freizügigkeit hemmenden Verordnungen: 1) ein neues Gewerbegesetz auf Grundlage der unbedingten Gewerbefreiheit im Sinn Stein's und Hardenberg's; 2) vollständige Freizügigkeit, ohne daß dieselbe für die andern deutschen Staaten an die Bedingung der Gegenseitigkeit geknüpft werde, wobei indeß dennoch mit aller Kraft und allen dem mächtigen Preußen zu Gebot stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß solche in ganz Deutschland gestattet würde, recht bald vorbereiten und den beiden andern Faktoren der Gesetzgebung zur Berathung vorlegen. Freiheit der Niederlassung und des Aufenthalts, Gewerbefreiheit und Freizügigkeit in ganz Deutschland sind unerläßliche, eng verbundene Grundlagen der nationalen Selbständigkeit unseres Volkes; möge dies von dem k. Staatsministerium zum Heil des theuern, engern wie weitern Vaterlandes erkannt und in dieser Erkenntniß unserm Gesuch schleunigst entsprochen werden.

Wien, 4. Aug. Die Friedenskonferenzen sollen hier ohne Aufschub beginnen, sobald die Ratifikation der Friedenspräliminarien und die damit zusammenhängende weitere Weisung an die dänischen Bevollmächtigten aus Kopenhagen eintrifft.

Unser Kabinet hat, wie die „Presse" hört, an die Vertreter Oesterreichs im Ausland eine Zirkulardepesche ergehen lassen, in welcher die durch Abschluß der Friedenspräliminarien gewonnenen Resultate analysirt werden. Es wird in diesem Schriftstück u. A. hervorgehoben, daß, so wie es sich bisher nur darum gehandelt habe, die Rechte Deutschlands zu wahren, Oesterreichs Wünsche auch ferner dahin gerichtet sein werden, alle Fragen, die sich auf das Schicksal der abgetretenen Herzogthümer beziehen, im Einvernehmen mit den Bundesregierungen angemessen zu erledigen. Ein ähnliches Rundschreiben ist ohne Zweifel auch von preußischer Seite in Umlauf gesetzt worden.

Was über die künftige Verwendung des Herzogthums Lauenburg verlautet, so z. B., daß es Preußen einverleibt werden soll, hört das so eben genannte Blatt in wohlunterrichteten Kreisen einfach als Konjektur und Fühler bezeichnen. Höchst wahrscheinlich stehe über die Art der Verwendung im Augenblick noch nichts fest, und nur im allerengsten Kreise mag hierüber ein Gedankenaustausch stattgefunden haben. Als gänzlich unwahr bezeichnet man, daß Preußen vorschlage, die Kriegskosten an Oesterreich zu bezahlen, und einstweilen Schleswig allein in Verwaltung zu behalten. Das einfachste Mittel zur Berichtigung der Kriegskosten biete sich für die Herzogthümer in der Aufnahme eines Anlehens. Allerdings werden dieselben auch einen Theil der dänischen Staatsschuld zu übernehmen haben, worunter jedoch eine Quote des im Jahr 1863 kontrahirten Anlehens, weil es bereits ein Kriegsanlehen war, nicht begriffen sein kann.

Gerüchtweise hört man, daß Se. Maj. der König von Preußen hier am 17. d. anlangen werde; doch bedarf dieses Gerücht noch sehr der Bestätigung. Sicher scheint nur,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

daß die Ankunft des Königs nach beendeter Kur in Gastein in der zweiten Hälfte des laufenden Monats stattfinden wird.

Wien, 5. Aug. Der „Botschafter" weiß zu melden, daß für den Präliminarfrieden keine Ratifikation vorbehalten sei, das Friedensinstrument vielmehr durch die Unterschrift der Konferenzbevollmächtigten allein volle Geltung erlangt habe. Der Tag für den Beginn der Friedensverhandlungen ist noch nicht festgesetzt; in den Friedensverhandlungen ist nur im Allgemeinen bestimmt, daß dieselben demnächst in Wien beginnen werden. Man scheint den Dänen eine kurze Zeit zur Vorbereitung lassen zu wollen, nachdem es für dieselben wohl nothwendig ist, sich für die Detailfragen vorzubereiten und den Parteien in Kopenhagen gegenüber Boden zu gewinnen. Aus Rücksicht auf die inneren Schwierigkeiten der dänischen Regierung dürfte die Veröffentlichung der Friedensbestimmungen wohl noch kurze Zeit unterbleiben.

Prag, 2. Aug. (Deutsch. Allg. Ztg.) Sensation erregt die im Auftrag der Polizeibehörde erfolgte Einstellung der Thätigkeit des Gewerbevereins. Dieser ehemals angesehene Verein war in letzter Zeit durch die national-czechische Agitation sehr verfallen und wurde vielfach zu Sonderzwecken, besonders als parlamentarische Schule für jungczechische Literaten benützt. Die Funktionäre des Vereins verlängerten gegen die Bestimmung der Statuten die Dauer ihrer Wirksamkeit, und dies gab die Veranlassung zu der obenerwähnten Maßregel der Behörde. In jüngster Zeit hieß es auch, man wolle den Fürsten Dr. Rudolf Thurn und Taxis, welcher sich aber seither vom politischen Schauplatz zurückgezogen hat, zum Präsidenten des Gewerbevereins wählen.

Schweiz.

Zürich, 4. Aug. Der „Bund" meldet, daß Hr. Prof. Bolley dem Schulrath die Entlassung als Direktor des Polytechnikums eingereicht hat, diese jedoch nicht angenommen wurde.

Frankreich.

* **Paris**, 5. Aug. Die Wiener Friedenspräliminarien wollen den meisten französischen Blättern gar nicht in den Kopf, und die Sprache, die sie gegen Oesterreich und Preußen führen, ist so bitter wie möglich. Die „France" setzt heute ihre Vorwürfe gegen die deutschen Großmächte fort und nimmt besonders die „Wien. Ztg." wegen des bekannten Artikels vor, weil sie die Rechte der deutschen Mächte für etwas Anderes als Eroberungsrechte ausgebe, während sie doch einige Zeilen später vom Recht des Krieges spreche.

Was ist denn — fragt das Blatt — das Kriegsrecht, wenn es nicht das Eroberungsrecht in seiner gewaltsamsten Bedeutung ist? Kraft welchen andern Rechts sind denn die Elbe-Herzogthümer Dänemark weggenommen worden? Ist der König von Dänemark nicht derselben beraubt worden, weil er besiegt worden ist? Hatten die deutschen Großmächte nicht durch den Londoner Vertrag die Berechtigung seiner Ansprüche anerkannt und haben sie nicht diesen Vertrag mit Kanonenkugeln zerrissen? Das Organ der österreichischen Regierung spricht weiter von den Rechten des Deutschen Bundes in Worten, in denen man die deutliche Absicht sieht, die gerechte Empfindlichkeit der sekundären Staaten zu beschwichtigen. Und bis wohin erstrecken sich denn diese Rechte des Deutschen Bundes? Gehört Schleswig zum Deutschen Bund? Sind nicht die Grenzen dieses Territoriums in feierlichen Aktenstücken festgestellt? Können denn Oesterreich und Preußen Rechte beanspruchen, die nicht existiren? Auf welchen Standpunkt man sich auch stellen mag und wie auch das spätere Schicksal der Herzogthümer ausfallen mag, ob sie nun in den Händen der erobernden Mächte bleiben, oder einem Fürsten ihrer eigenen Wahl zufallen, die Wahrheit ist, daß die Gewalt an der Stelle des Rechtes steht; die Wahrheit ist, daß die deutschen Mächte vom Boden des Rechtes abgegangen sind, um auf den Boden der Thatsachen zu treten. Eine sonderbare Haltung Seitens Oesterreichs, welches sich so lange Zeit für die Hüterin der Verträge ausgab! Da sehe man nun, wie es ebensowohl das diplomatische Recht, wie das Recht der Nationen mit Füßen tritt, als ob Hr. v. Rechberg den Namen Hr. v. Cavour führte.

Auch das „Journ. des Deb." vergißt bei dieser Gelegenheit seine traditionelle Urbanität und verliert sich in einfache Grobheit gegen die deutschen Großmächte. Wir geben einige Proben aus seiner Polemik:

Das Gesetz, das die beiden deutschen Mächte Dänemark auferlegen, ist das Gesetz des Stärkern in seiner unerbittlichen Strenge; sie nehmen halb Dänemark: Holstein, Lauenburg, Schleswig, die Insel Alsen, die jütländischen Enklaven, sie nehmen Alles, was sie nur nehmen können, Alles, was ihnen anstand. Und das nennt die „Wien. Ztg." einen „ehrenvollen Frieden!"

Diese Gebiete, welche Ihr mit den Waffen in der Hand angefallen habt, die Ihr gewaltsam losgerissen unter schnöder Verkennung aller Verträge (!), die Ihr selber unterzeichnet, mit welchem Rechte, wenn nicht mit dem Rechte des Eroberers, nehmt Ihr sie Dänemark weg und eignet Ihr Euch sie an? Als Ihr gewaltthätiger Weise die Verträge, die Euch so gut banden wie Dänemark, zerrisset, und auf der andern Seite das Nationalitätsprinzip mit Füßen tratet; welche Ansprüche und positive Rechte könnt Ihr anrufen, als das Recht des Stärkern, also wiederum das Recht des Eroberers? Für uns, die wir ernstlich (sérieusement) reden, ist die Apologie, welche die „Wien. Ztg." im Namen Oesterreichs und Preußens versucht, nur eine traurige Wortspielerei, ein bitterer Hohn, die sich nicht allein gegen Dänemark kehren, sondern die auch, wie wir glauben, auf die öffentliche Meinung einen ganz andern Eindruck, als man wohl erwartet hatte, hervorbringen werden. . . . . .

Das „Pays" glaubt aus den von ihm zitirten Artikeln der österreichischen Presse den Schluß ziehen zu dürfen, daß Oesterreich von neuem in Deutschland einen großen Einfluß auf die öffentliche Meinung auszuüben beginnt. Oesterreich habe den Krieg mit großem Widerwillen geführt; es unterzeichne einen Frieden, der nicht den geringsten Vortheil zu seinen Gunsten feststellt; es habe Preußen unentgeltlich dazu verholfen, an der Nordküste Deutschlands ein bedeutendes Uebergewicht zu erobern und vielleicht für lange Zeit den Boden und die Häfen der Herzogthümer besetzt zu halten. Man könne es wirklich nicht tadeln, wenn es die Ereignisse ausbeutet; der einzige Vortheil, der ihm von den Umständen geboten wird, sei, eben so viel an Einfluß auf die deutschen Staaten zu gewinnen, als Hr. v. Bismarck an militärischen Eroberungen hat gewinnen wollen. — Die „Presse" sucht nachzuweisen, daß die Friedenspräliminarien, so drückend sie auch für Dänemark sein mögen, in Kopenhagen ruhig angenommen werden.

* **Paris**, 5. Aug. Der „Abend-Moniteur" meldet, daß König Leopold in Begleitung seines Adjutanten und seines Leibarztes gestern Abend von Vichy hier eingetroffen und im Hotel de Bristol abgestiegen ist. Der König der Belgier gedenkt fünf Tage hier zu bleiben. — Heute begann vor der 6. Kammer des Zuchtpolizeigerichts der Prozeß gegen die „Dreizehn", die beschuldigt sind, „mehr als Zwanzig gewesen zu sein." Es ging in dem Verhör ziemlich lebhaft zu, und Angeschuldigte wie Vertheidiger drückten sich mit großer Bitterkeit namentlich über die rücksichtslose Art und Weise aus, mit der die Polizei bei einigen Haussuchungen verfahren war. Namentlich mußte der Präsident mehrmals die Vertheidiger an die in ihrer Stellung dem Gerichtshof gegenüber zu wahrende Mäßigung erinnern. Garnier Pagès verliest in seinem und Carnot's Namen einen feierlichen Protest gegen die Verletzung der in ihren Personen zu achtenden Deputirtenwürde. Der Prozeß wird wohl mehrere Tage in Anspruch nehmen. — Der „Progres von Lyon" erschien heute, nach zweimonatlicher Suspension, zum ersten Mal wieder. — Der Kaiser wird auf seiner Rückreise nach St. Cloud, wo er den 7. d. M. erwartet wird, die industriellen Etablissements von Montluçon und die Militäretablissements von Bourges besichtigen. — Der Staatsminister Rouher ist heute Morgen, von Turin kommend, in Paris angelangt. — Wie dem „Temps" aus Wien berichtet wird, werden die Konferenzen für den definitiven Friedensabschluß ohne Zögern beginnen. Es wird hinzugefügt, daß die Stimme Oesterreichs dem Herzog von Augustenburg sicher sei. — Börse. Die Reprise von gestern hielt nicht an. Rente 66.30, Cred. Mob. 998.75, ital. Anl. 68.20.

Belgien.

Brüssel, 4. Aug. (Köln. Ztg.) Der Wahlkampf, dessen Ausgang am 11. d. über das Loos des Liberalismus, ja vielleicht über die Lebensfähigkeit und die Popularität der parlamentarischen Regierung in Belgien zu entscheiden hat, wird diesmal von beiden streitenden Parteien mit besonderm Eifer und gewaltigster Kraftanstrengung geführt. Auf klerikaler, wie auf liberaler Seite fühlt und bethätigt man die von Hrn. Orts in dem Manifest der Linken beleuchtete Wahrheit, daß es sich heute um Größeres und Edleres handelt, als die Aufrechthaltung oder der Sturz eines Ministeriums. Ein höheres Prinzip, ich möchte sagen: das konstitutionelle Gewissen steht auf dem Spiel. Diese Auffassung, welche in sämmtlichen Provinzen vorwaltet, fällt in der Hauptstadt weniger in's Gewicht. Hier ist der Klerikalismus ein längst überwundener Standpunkt. Die Mahnung zur Einheit in den Wahlbestrebungen ertönt deßhalb minder dringlich in hiesiger Stadt, und die Gefahr, durch Zersplitterung der liberalen Kräfte dem gemeinschaftlichen Feind in die Hände zu arbeiten, ist geringer. Ja, es gibt sogar den erfreulichen Beweis eines regen öffentlichen Lebens, einer allgemeinen Theilnahme an den allgemeinen Dingen, daß an allen Ecken und Enden Meetings und Volksversammlungen auftauchen, um die Kandidaturen der ausscheidenden Abgeordneten zu besprechen und neue in Vorschlag zu bringen, und daß die Kandidaten aus der Erde hervorwachsen wie die Pilze beim Regenwetter. In der „liberalen Assoziation", welche den Ausschlag zu geben hat, fand gestern Abend eine Generalversammlung statt, um die Verdienste der zahlreichen provisorischen Kandidaten zu diskutiren und den Poll zur Aufstellung der definitiven Kandidaturen zu eröffnen. Das Resultat dieses Polls, obgleich er zur Stunde noch nicht geschlossen ist, wird wohl folgendes sein: Drei der 11 ausscheidenden Abgeordneten, deren Wiederwahl zweifelhaft gewesen, haben der Bewerbung im voraus entsagt und werden durch die HH. Vléminckx, den berühmten Präsidenten der belgischen Akademie der Medizin, einen der Vorkämpfer der Revolution von 1830, durch Hrn. August Couvreur, Mitredakteur der „Indep. Belge", und durch Hrn. Funck, Schöffen der Stadt Brüssel, ersetzt werden. Von den übrigen Abgeordneten (Orts van Humbeek, Goblet, Guillery, Hymans, Defré, de Rongé) war nur die Kandidatur des Hrn. Louis Hymans einigermaßen zweifelhaft.

Dänemark.

Kopenhagen, 2. Aug. (Hamb. Börs.-Halle.) In der gestern Nachmittag stattgefundenen geheimen Sitzung des Reichsraths waren sämmtliche Minister bis auf Graf K. Moltke erschienen. Der Minister des Aeußern, Bluhme, gab in einer 1½stündigen Rede eine ausführliche Schilderung der politischen Lage und der geführten Verhandlungen seit dem Eintritt des neuen Ministeriums am 21. Juli und schloß mit einer Aufforderung an den Reichsrath, in Erwägung zu ziehen, ob das Ministerium unter den gegebenen Umständen ein richtiges Verfahren eingeschlagen habe. Zu einer eigentlichen Diskussion kam es jedoch nicht. Genaueres über den Vortrag des Ministers geben die verschiedenen Blätter nicht, da den Mitgliedern des Reichsraths Diskretion zur Pflicht gemacht wurde; es geht aus den verschiedenen gegebenen Andeutungen jedoch hervor, daß der Minister Mittheilung von den Bedingungen des Friedens, auf welche die deutschen Mächte bestehen und denen Dänemark zugestimmt hat, machte. Während jedoch „Flyveposten" und „Fädrelandet" sich mit Aeußerungen des Bedauerns und Schmerzes begnügen, bringt „Dagbladet" bereits einen Anlauf zur Kritik, aus dem man ziemlich deutlich abnehmen kann, was dem gegenwärtigen Ministerium in nächster Zeit von seinen Gegnern bevorsteht. Nachdem „Dagbladet" nämlich die Bedingungen so ungerecht und so ungünstig, wie man sie vor einem Monat ganz undenkbar geglaubt haben würde, nennt, und daß sie Dänemark alles Dessen berauben, warum es jetzt seit einem Menschenalter gelitten und gekämpft habe, fügt es hinzu:

Eine Waffenruhe, wie die vom 18. Juli, einen Waffenstillstand, wie der, welcher wahrscheinlicher Weise jetzt unterzeichnet ist, und einen Frieden, wie er sehr bald daraus hervorgehen muß, hätte jedes Ministerium erreichen können, und wir suchen vergebens in Dem, was bis jetzt geschehen ist, eine einzige Frucht des auf Sr. Maj. des Königs höchsteigenen Wunsch eingetretenen Ministerwechsels. Welche Hoffnungen für die dynastische Macht sich möglicher Weise an die Zukunft knüpfen lassen, können wir nicht wissen; vorläufig ist nur Das sicher, daß das Recht des dänischen Volkes vernichtet ist.

Kopenhagen, 2. Aug. Die „Berl. Ztg." vom 2. Aug. Abends berichtet: „Der Conseilspräsident hat heute dem Reichsrath mitgetheilt, daß die Nachricht vom Abschluß des Waffenstillstandes auf 6 Wochen mit einer Kündigungsfrist von anderen sechs Wochen eingetroffen sei. Die Bedingungen des Waffenstillstandes betreffend, so läge bisher Nichts vor. Aus verschiedenen Umständen dürfte indeß geschlossen werden, daß die deutschen Mächte die Umstände benützen würden, um einen starken Druck auf Dänemark fortdauern zu lassen. Daher sei kaum zu erwarten, daß sie die militärische Okkupation Jütlands vor dem Abschluß des Friedens aufgeben würden, während man Konzessionen in Betreff des Unterhalts und der Verpflegung der Truppen hoffen dürfe. Uebrigens sei wahrscheinlich, daß dieser Zustand in Jütland nicht lange dauere, da der Waffenstillstand vermuthlich bald vom Frieden abgelöst werden würde. Die Gerüchte, nach denen Dänemark eine bedeutende Summe Kriegskosten an die deutschen Mächte bezahlen solle, könne der Minister als gänzlich unbegründet bezeichnen."

Der „Wes.-Ztg." wird von hier geschrieben: „Wenn auch die eigentlichen nationaldänischen Blätter sich alle erdenkliche Mühe geben, die Finanzzustände des Reiches Dänemark in den rosigsten Farben darzustellen, so liefern die wirklichen Zustände den unumstößlichen Beweis für das Entgegengesetzte. Selbst die projektirte Staatsanleihe zum Betrage von 15 Millionen Thalern preußisch reicht nicht hin, um die Staatsmaschine in Thätigkeit zu halten; der Finanzminister wird daher in einer der nächsten Sitzungen des Reichsraths-Landsthings außerdem die freie Benützung der Restbeträge der s. Z. aus der Ablösung des Sundzolls erwachsenen bedeutenden Einnahmen beantragen, also wiederum Geld beanspruchen, welches rechtlich ebensowohl Eigenthum der deutschen Herzogthümer, als des eigentlichen Königreichs Dänemark ist."

Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze, 2. Aug. (Ostsee-Ztg.) Die Redaktion der „Ojczyzna" zeigt in der Nummer vom Sonntag an, daß sie durch Umstände, deren Beseitigung nicht in ihrer Macht liege, gezwungen sei, die Herausgabe dieses Blattes in Leipzig aufzugeben und nach einem andern Ort, wo sie nicht so vielen Chikanen und Unannehmlichkeiten ausgesetzt sei, zu verlegen. Ueber den Ort der weitern Herausgabe und über die Zeit, wo die nächste Nummer der „Ojczyzna" erscheinen wird, sollen die Leser durch andere polnische Blätter benachrichtigt werden. Schließlich wird mitgetheilt, daß am Samstag auf Anordnung des Gerichts in dem Verlagslokal und der Druckerei der „Ojczyzna" Revisionen abgehalten und 20 Nummern dieses Blattes beschlagnahmt worden seien. In einem andern Artikel derselben Nummer weist die Redaktion auf die Nothwendigkeit eines unabhängigen Preßorgans für die polnische Nationalsache hin und faßt die Aufgabe desselben in folgenden Worten zusammen:

Ein unabhängiges polnisches Blatt muß auf der Hochwacht der nationalen Heiligthümer stehen und diese von Niemand profaniren lassen. Es muß die Idee der Solidarität der Völker, der Nationalorganisation und Nationalregierung, dieser theuer erkauften Errungenschaften des Kampfes der letzten Jahre fester begründen und mit priesterlicher Sorgfalt das heilige Feuer der Begeisterung in der Nation schüren. Es muß die erloschene Hoffnung wieder beleben, zur Arbeit und Einigkeit, zu fortwährenden Opfern und Thaten rufen, und wenn Alle verzweifeln, mit Glaubensstärke das Banner der Freiheit hochhalten und der ungebrochene Apostel der Zukunft sein.

Die Purifikation des Beamtenstandes im Königreich Polen hat noch immer ihren Fortgang. Der „Dziennik Warszawski" macht wieder 24 Beamte aus allen Dikasterien namhaft, die neuerdings wegen ihrer „Unzuverlässigkeit" ohne Pensionsanspruch aus dem Staatsdienst entlassen sind. Die entlassenen polnischen Beamten werden durch russische ersetzt. — Der Kaiser hat nach seiner Rückkehr aus Kissingen die Todesurtheile gegen 10 in der Warschauer Citadelle inhaftirte Theilnehmer am Aufstand bestätigt. Zwei dieser Todesurtheile wurden schon am 28. v. M. in dem Dorf Czyste in der Nähe von Warschau durch den Strang vollstreckt. Die Hingerichteten waren die Handwerker Zarzycki und Warlinowski aus Warschau, die überführt waren, einen als Spion verdächtigen Warschauer Bürger im Auftrag des revolutionären Stadtchefs meuchlings ermordet zu haben. Die übrigen 8 Todesurtheile sollen in den nächsten Tagen vollstreckt werden.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 3. Aug. Der ehemalige Premierminister Kretzulesko ist in das Ministerium Cogolnitscheano als Minister der Justiz und des Kultus eingetreten.

Neueste Levantepost.

Athen, 30. Juli. Es ist noch kein neues Ministerium gebildet. Die jonischen Abgeordneten sind angekommen und mit Jubel empfangen worden.

Triest, 4. Aug. Mittelst des Lloyddampfers sind folgende Nachrichten aus Konstantinopel, 30. Juli, eingetroffen: Die Frage wegen der Missionäre ist zwischen Sir Bulwer und der Pforte geregelt worden. Die Anstalten werden mit einigen Beschränkungen wieder eröffnet, die Konvertiten vorläufig nach den Provinzen geschickt. Delianni wurde zum Gesandten Griechenlands bei der Pforte ernannt.

Großbritannien.

* **London**, 4. Aug. Das eifrigste aller dänischen Organe in England, die „Morn.-Post", läßt sich heute ebenfalls über den Sturz des Eiderdänenthums vernehmen, und zwar in folgender Weise:

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Auf die Folter gespannt, hat Dänemark nachgegeben. Es ergab sich, als fernerer Widerstand unmöglich geworden war. Es hat die Waffen niedergelegt und eine gute Hälfte seines Königreichs geopfert, um sich das Leben zu retten. Es hat die ihm diktirten Friedensbedingungen angenommen und die Präliminarien gezwungen unterschrieben. Ueber die gesetzliche Giltigkeit einer Vereinbarung, die es gleichsam mit seinem Blut unterzeichnet hat, wollen wir keine Spekulationen anstellen; aber daß die Unterschrift den von ihm bereits zu Protokoll gegebenen Protest vervollständigt, ist unbestreitbar. Wenn man uns jedoch zumuthet, in dem Allen ein befriedigendes Ergebniß zu erblicken — wenn man uns auffordert, über die Beendigung der Feindseligkeiten unter solchen Bedingungen uns zu freuen — so müssen wir sagen, daß dieses Ende, weit entfernt, einen Glückwunsch werth zu sein, nicht nur Gram und Scham, sondern Bangen und Schrecken erregen muß. Es hat die Besitztitel Europa's entkräftet, es hat das moralische Recht bei Seite gesetzt, und es hat ein Prinzip aufgestellt, das vom Gewissen der zivilisirten Welt verdammt wird. (!) Diejenigen, die mit dem Auge des Cynikers die Empfindungen der Menschheit betrachten, die nicht einsehen können oder wollen, daß die elenden Kunstgriffe einer von der Hand zum Mund lebenden Politik nur auf eine Weile die Katastrophe hinausschieben und sie schließlich erschweren, mögen die Leiden einer besiegten Nation leicht nehmen; das ist ihre Sache, aber sie haben kein Recht, sich als Dollmetscher der Gefühle zu geberden, von denen das Volk Englands beseelt ist. (Das ist auf die „Times" gemünzt.) . . .

Die Frage, die sich der Erwägung Europa's aufdrängt, betrifft nicht so sehr die Bedingungen wie den Charakter des Vorganges. Die Hauptsache ist nicht, daß Preußen Dänemark zerstückelt hat, sondern daß die Ratifizirung seines Angriffs durch Vertrag einen gefährlichen Präzedenzfall bildet. Die Sicherheiten des europäischen Friedens sind auf der Wiener Konferenz weggezeichnet worden, und das Vertrauen, welches früher zwischen den Mächten geherrscht hat, ist thatsächlich zu Ende. Wir müssen daher die beschlossene Uebereinkunft mit bedeutender Besorgniß betrachten. Sie gründet sich auf ein Prinzip, das nicht verfehlen kann, zu einem allgemeinen Kriege zu führen. Der Nationalitätstheorie, wie man sie heutzutage auslegt, ist noch kein Land, nicht einmal Frankreich, gerecht geworden, und England beherrscht ohne Zweifel die größte Anzahl unterworfener, von Sprache und Abstammung fremder Racen. Oesterreich ist aus lauter fremdländischen Besitzungen zusammengesetzt, und der Rang, den es einnimmt, ist ihm nicht als einer deutschen, sondern als einer europäischen Macht zuerkannt worden. Auch Hr. v. Bismarck sollte fleißig zur Nemesis beten, denn Preußen hat, nach diesem Prinzip, in Posen, wenn nicht am Rhein, eine Rechnung richtig zu machen. Man wird natürlich sagen, daß ein Versuch, solche jede Regierung umstürzende Doktrinen geltend zu machen, auf augenblicklichen Widerstand stoßen würde. Aber Widerstand, von wem? In Dänemark sind sie geltend gemacht worden, und Europa hat die Operation mit philosophischem Gleichmuth angesehen. Wie jedoch, wenn Frankreich oder Rußland dieselbe Mission übernähme?

Ein Trost bleibt uns gewiß. Oesterreich und Preußen werden sicherlich zuerst unter der von ihnen inaugurirten Ordnung der Dinge zu leiden haben. Was sie an Dänemark gethan, wird ihnen mit Wucher zurückgezahlt werden. Sie haben den Wind gesäet und werden den Sturm ernten. Eine wiedererstandene heil. Allianz würde vor dem Hauch italienischer, polnischer und ungarischer Nationalität wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Doch könnte ihr Selbstmord eine bedenkliche und kostspielige Geschichte für Europa werden. Die unmittelbare Folge ihres Thuns ist, daß alle Mächte sich in steter Kriegsbereitschaft halten müssen. [Also ist die „Post" heute ganz entschieden gegen das Nationalitätsprinzip. Und doch hat sie seit dem 2. Dezember wenigstens 1000 mal jährlich das angeblich vom Kaiser Napoleon zuerst anerkannte politische Selbstbestimmungsrecht der Völker — das Recht jeder Nation, sich Herrscher und Regierung selbst zu wählen — mit glühender Begeisterung verfochten! Wie reimt sich Das zusammen? Wie sie nun einerseits den deutschen Regierungen vorwirft, daß sie das „subversive Nationalitätsprinzip" geltend gemacht hätten, hat die „Post" andererseits die deutschen Liberalen, wenn sie von dem verbrieften Recht der Herzogthümer sprachen, „Legitimisten" gescholten. Um gerecht zu sein, hat die „Post" nicht das Monopol dieses zweischneidigen Raisonnements. Es ist Gemeingut der ganzen englischen Zeitungspresse.]

Lord Palmerston ist seit vorgestern auf dem Lande und wohnte gestern der Eröffnung eines neuen Eisenbahnbaues in Towcester (Northamptonshire) bei. Seine Gemahlin hatte die Einladung der betreffenden Direktion, den ersten Spatenstich zu führen, angenommen, und führte, wie der Landesbrauch vorschreibt, den ersten Schiebkarren zur Baustelle. Dafür übernahm der Alte die Aufgabe, statt ihrer ein paar Gelegenheitsreden zu beantworten, und entledigte sich derselben mit gutem Takt und Humor. Uebermorgen reist er nach Bradford, um den Grundstein zur neuen Börse daselbst zu legen. Die übrigen Minister sind längst in die Ferien gegangen. Der Handelsminister und Hr. Cardwell sind allein zurückgeblieben, um die Gesammtregierung zu vertreten; Ersterer reist ebenfalls heute ab, und der Minister des Innern, Sir G. Grey, welcher in der Nähe verweilt, wird bloß durch ein leichtes Unwohlsein abgehalten, ein Gleiches zu thun.

* **London**, 5. Aug. „Morn.-Post" haben die Friedenspräliminarien aller Ruhe beraubt. Sie spricht heute die Ansicht aus, daß die letzten Ereignisse das öffentliche Vertrauen nicht hergestellt haben und daß England sich bei der den Krieg beendigenden Zerstückelung Dänemarks nicht beruhigen könne. „Das europäische Gleichgewicht — sagt die „Post" — ist durch die Abtretung der Herzogthümer gestört, und wir können nur mit Furcht die Mittel in Betracht nehmen, durch welche es wieder hergestellt werden kann. Eine Intervention Englands in Norddeutschland kann nur vertagt sein."

Baden.

□ Karlsruhe, 6. Aug. Heute Vormittag um 9 Uhr hat im Lyceumssaale die Verleihung des von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog Friedrich gestifteten Fichtepreises in der statutenmäßigen Weise stattgefunden. Als Mitglieder der Prüfungskommission waren durch Allerhöchste Entschließung des Großh. Geh. Kabinets vom 8. März d. J. von Sr. Königl. Hoheit für dieses Jahr ernannt worden die Herren: Ministerialpräsident Staatsrath Dr. Lamey; Prälat Dr. Holtzmann, Ephorus des Lyceums; Oberschulrath Deimling; Direktor Lessing; Hofbuchhändler Gemeinderath Müller. Vorschriftsmäßig nahmen an den Berathungen dieser Kommission Antheil: der Direktor des Lyceums, Geh. Hofrath Dr. Gockel; die Vorstände der Oberserta und Unterserta, Hofrath Platz und Prof. Boeckh; der Lehrer der Rhetorik in Unterserta, Prof. Böhringer. Als Thema war den Preisbewerbern durch Vereinbarung der Kommission aufgestellt worden: Die Sylvesternacht des Jahres 1813. Die Aufgabe des vorigen Jahres bezog sich auf die geistige, die des jetzigen auf die politische Wiedergeburt des Volkes. Des ersten Preises, der goldenen Medaille, für würdig erklärt wurde die Arbeit des Obersextaners Julius Lacher; die silberne Medaille erhielten die Obersextaner Wilhelm Sachs, Arthur Brauer, Wilhelm Eichhorn; die beiden Ersten aus Karlsruhe, der Letztere aus Durlach. Die Feierlichkeit wurde durch eine kurze Ansprache des Direktors der Anstalt, Geh. Hofrath Dr. Gockel, eröffnet und geschlossen, darin hingewiesen auf die hohe Bedeutung der Feierlichkeit, die allerhöchsten Intentionen des fürstlichen Stifters, die eine Mahnung seien an die Jugend, sich zum ernsten Dienste des Vaterlandes heranzubilden durch harmonische Ausbildung des Geistes und des Charakters. Leider war Se. Königl. Hoheit der Großherzog auch diesmal durch seine Entfernung vom Ort der Feier verhindert, der letztern die höchste Weihe zu geben durch die Theilnahme an derselben. Bei Lehrern und Schülern der Anstalt aber wird der Geist, der aus der Stiftung weht, auch in künftigen Zeiten und Generationen die Erinnerung an den Anlaß der Stiftung und die allverehrte Persönlichkeit des Stifters lebendig erhalten und bewirken, daß nichts blos Er selbst, sondern auch Seine Nachkommen sich erfreulicher Frucht des von ihm ausgestreuten Samens der Liebe zu Fürst und Vaterland erfreuen.

Z. Karlsruhe, 6. Aug. In Nr. 31 des „Freiburger katholischen Kirchenblattes" findet sich der nachstehende Artikel, der in etwas anderer Gestalt auch in einer der letzten Nummern des „Mainzer Journals" enthalten war:

„+ Karlsruhe, 28. Juli. In Folge der neuen Gerichtsorganisation sind in der höhern Beamtenwelt nachstehende, unseres Erachtens sehr bemerkenswerthe Veränderungen eingetreten: Von den vier Regierungsdirektoren wurden die zwei ev.-protestantischen (Schaaff und Böhme) beibehalten, die zwei katholischen (Fieser und Fromherz) pensionirt. Unter den vier neuen Landeskommissären sind drei Protestanten (Fecht in Mannheim, Winter in Karlsruhe, Schaaff in Freiburg) und ein Katholik (v. Seyfried in Konstanz). Die Amtsvorstände der bedeutenderen katholischen Städte und Amtsbezirke Konstanz (v. Stösser), Freiburg (Winter von Lahr), Baden (v. Göler) sind gleichfalls Protestanten.

Ebenso besteht der ganze Vorstand des Oberhofgerichts jetzt aus Mitgliedern der ev.-protestantischen Konfession (v. Marschall, Haaß und v. Stockhorn). Da nicht wohl anzunehmen ist, daß wissenschaftliche Bildung und Berufstüchtigkeit vorherrsehend oder ausschließlich auf protestantischer Seite sich finde, so befürchten wir, daß diese auffallende Berücksichtigung protestantischer Beamten bei der katholischen Bevölkerung des Landes, welche zwei Drittheile der Einwohner bildet, großes Befremden erregen wird."

Es ist den Herren Korrespondenten des „Kath. Kirchenblattes" oder des „Mainzer Journals" — welchem von Beiden die Ehre der Autorschaft gebühren mag — so gut wie Jedermann sonst bekannt, daß bei der Besetzung von Staatsämtern andere Rücksichten maßgebend sind, als jene auf die Konfessionseigenschaft eines Beamten. Insofern könnte über die gemachte Entdeckung einer „auffallenden Berücksichtigung protestantischer Beamten" füglich hinweggegangen werden. Jener Artikel zeigt jedoch, mit welcher Leichtigkeit das „Mainzer Journal" und das „Kath. Kirchenblatt" mit der Wahrheit umgehen, wenn es dem Zweck dienlich ist, die Regierung einer Feindseligkeit gegen die katholische Konfession zu beschuldigen. Damit nämlich von einer auffallenden Berücksichtigung protestantischer Beamten überhaupt geredet werden kann, werden diejenigen Thatsachen einfach als nicht vorhanden betrachtet, die zu jener Behauptung nicht passen und bei deren Erwähnung dieselbe unmöglich gewesen wäre. Wir wollen sie zur Steuer der Wahrheit hier kurz anführen:

1) Von den fünf neu ernannten Präsidenten der Kreis- und Hofgerichte sind vier katholisch;

2) von den fünf neu ernannten Direktoren der Kreis- und Hofgerichte sind vier katholisch;

3) von den sechs neu ernannten Kreisgerichts-Direktoren sind vier katholisch;

4) der neu ernannte Präsident und der vorsitzende Rath des Verwaltungs-Gerichtshofs sind katholisch;

5) der neu ernannte Amtsvorstand in der größten Stadt des Landes (Mannheim) ist katholisch.

§* Pforzheim, 4. Aug. Die gestrige Diözesanversammlung des Bezirks Pforzheim bot, vermöge der Wichtigkeit der zur Besprechung gelangten Gegenstände, ein erhöhtes Interesse. Zunächst wurde Bericht erstattet über die sittlich-religiösen Zustände des Bezirks, dann wurde das Rechnungsergebniß über die kirchlichen Fonds des Bezirks, die im Ganzen die Höhe über 300,000 fl. (darunter der hiesige Kirchenbau-Fond mit über 100,000 fl.) erreichen, sowie über den Stand der Diözesankasse mitgetheilt. Sodann wurden noch von Seiten eines hiesigen Geistlichen Anträge über die Bestrafung der Renitenz gegen den Pfarrgeistlichen, sowie gegen die Beschlüsse des Kirchengemeinderaths gestellt, die so weit gehen wollten, daß als letzter Strafgrad die Ausschließung aus der Kirchengemeinschaft verfügt werden soll. Diesem letzten Antrag trat die Versammlung jedoch nicht bei, sondern beschloß vielmehr, daß als höchstes Strafmaß die Aberkennung der Wahlfähigkeit für ein kirchliches Ehrenamt auszusprechen sei. Dagegen zeigte sich die Mehrheit der Versammlung in dem Hauptgegenstand der, nach einigen minder wichtigen Punkten, nun an die Reihe gelangenden Verhandlungen den Anmuthungen der orthodoxen Partei, welche in unserer Diözese immer noch das Banner führt, gefügig. Es betraf dies den von Pfarrer Specht von Ispringen eingebrachten Antrag, dahin lautend: „Wir protestiren gegen die grundstürzenden Irrlehren Schenkel's von der Person Jesu und bitten unsere oberste Kirchenbehörde, daß sie seine Entfernung von seinem Amt als Seminardirektor erwirken möge." Trotz der mit großer Entschiedenheit, namentlich von einem hiesigen weltlichen Diözesanmitglied ausgesprochenen Protestation, daß Leute wie die meisten der anwesenden Landleute zur Aburtheilung des Schenkel'schen Buches, welche solches durchaus nicht kennen und verstehen, veranlaßt werden sollten, wurde der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt und der Specht'sche Antrag mit 26 gegen 12 Stimmen angenommen. Gegen diesen Beschluß legte die Minderheit sogleich Verwahrung ein.

Freiburg, 5. Aug. (Frbgr. Ztg.) Gestern Abend fand eine Sitzung der beiden engern Gemeindekollegien statt, wozu auch das Eisenbahn-Komitee und die Beurbarungskommission gezogen war, um über die Eisenbahn zwischen Freiburg und Breisach zu berathen. Die Ansichten kamen vorläufig darin überein, daß die baldmöglichste Inangriffnahme der Bahnstrecke in der nunmehr als zweckmäßiger erkannten Richtung über Neuershausen und Oberschaffhausen wünschenswerth sei, sei es nun von Seiten des Staats mit Beihilfe der betheiligten Gemeinden, oder aber durch letztere mit Unterstützung des Staats. Nach der von Hrn. Eisenbahn-Inspektor Bürklin ausgearbeiteten Berechnung stellen sich die Kosten für diese wie für die bisher in Aussicht genommene Richtung über Gottenheim beträchtlich geringer als nach dem offiziellen Voranschlag heraus. Während dieser für die erstgenannte Richtung die Gesammtsumme von 2,593,000 fl. aufstellt, würde nach Hrn. Bürklin's Berechnung dieselbe nur 1,372,000 fl. und bei äußerster Sparsamkeit sogar nur 1,228,000 fl. betragen.

Dem Vernehmen nach wird mit nächstem noch eine zahlreichere Versammlung stattfinden, um der Bürgerschaft Gelegenheit zu geben, ihre Wünsche und Ansichten in dieser Angelegenheit auszusprechen.

Vermischte Nachrichten.

— Freiburg, 5. Aug. (Frbgr. Ztg.) Bei der heutigen Preisvertheilung der Jubiläumsstiftung unserer Universität trug stud. med. Hermann Oeffinger von Donaueschingen für die von ihm gelöste medizinische Preisfrage und stud. theol. Albert Kuhnle von hier für die Bearbeitung des von der philosophischen Fakultät gestellten Preisthema's den Preis mit je 70 fl. davon. In der Rosmann'schen Stiftung erhielt der stud. theol. Joseph Gutmann von Biengen für die Bearbeitung der von der theologischen Fakulät gestellten Frage den Preis mit 50 fl., der Weltprediger stud. theol. Edmund Treibel von Lingenau in Ostpreußen ein Accessit im Betrag von 25 fl.; den stud. theol. Michael Huber von Oberwyl (Schweiz) und Arnold Vögele von Wiehre wurden nebst lobender Anerkennung ihrer Arbeiten Belohnungen von 10 und beziehungsweise 5 fl. zuerkannt.

— In Nürnberg tritt am 10. August eine von dem Vorstand des Börsenvereins der deutschen Buchhändler zusammenberufene Konferenz zusammen, um den von der königl. sächsischen Regierung dem Vorstand mitgetheilten Entwurf eines Bundesgesetzes zum Schutz der Urheberrechte an literarischen Erzeugnissen zu berathen. Zu der Nürnberger Konferenz sind, der „Deutsch. Allg. Ztg." zufolge, außer den Vorstandsmitgliedern des Börsenvereins, unter Anderen eingeladen worden: Justizrath Hinschius in Berlin, Appellationsgerichts-Vicepräsident v. Rönne in Glogau, und Ministerialrath Jolly in Karlsruhe.

— Berlin, 5. Aug. Der auf Requisition des königl. Amtsgerichts in Hannover hier verhaftete Premierleutnant a. D. Nanne ist nach längeren Verhandlungen am 4. d. M. Abends, begleitet von einem hannover'schen Beamten und einem Schutzmann, nach Hannover abgeführt worden.

* London, 4. Aug. Im Interesse aller nach den Vereinigten Staaten von Amerika Reisenden theilen wir mit, daß einer neuen Verfügung der Washingtoner Regierung zufolge Reisende (die sich nicht in Amerika ansiedeln und naturalisiren lassen wollen) verpflichtet sind, sich mit einem regelrechten Paß ihrer betreffenden Regierung zu versehen. Paßlose Individuen — so heißt es in dem von der amerikanischen Regierung allen ihren auswärtigen Gesandten und Konsuln zugesandten Reskript — müssen sich gefaßt machen, bei ihrer Ankunft in Neu-York einer Untersuchung über ihren Charakter und Reisezweck unterzogen zu werden. Selbst amerikanische Bürger, die vom Ausland nach Hause zurückkehren, müssen sich durch Pässe legitimiren, die sie von der heimischen Regierung oder von einem der amerikanischen Gesandten und Konsuln im Ausland erhalten, resp. visiren lassen können.

Nachschrift.

Telegramme.

Frankfurt, 6. Aug. (Sch. M.) Der Gesetzgeb. Körper hat einstimmig den Beitritt zum neuen Zollverein genehmigt.

Kopenhagen, 3. Aug. (W. T.-B.) Die „Berling. Ztg." veröffentlicht in ihrer französisch geschriebenen Revue den Text des an die HH. v. Bismarck und v. Rechberg gerichteten und vom 12. Juli datirten Gesuchs des Conseilpräsidenten Bluhme um direkte Friedensunterhandlungen und der Antworten der HH. v. Bismarck und v. Rechberg, welche beide entgegenkommend sind, und von welchen die letztere ausdrücklich die Bedingung enthält, daß der König von Dänemark den drei Herzogthümern zu Gunsten der Alliirten entsage und diesen freie Disposition darüber zuerkenne.

Kopenhagen, 5. Aug. (Fr. J.) In der gestrigen Sitzung des Volksthings stellte Hr. Birkedal folgende Interpellation: „Hält das Gesammtministerium es für gesetzlich, daß Schleswig ohne Zustimmung der Landesvertretung abgetreten wurde, und ist das Conseil überzeugt, daß ein derartiger Friedensschluß nicht den Königsthron erschüttern könnte?"

Paris, 6. Aug. Der „Constitutionnel" tritt den Blättern gegenüber, welche die Regierung beschuldigen, sie habe die Gelegenheit zu einer Vergrößerung Frankreichs versäumt, und sagt, daß niemals eine Gebietsvergrößerung in Aussicht genommen oder versprochen worden sei: England habe nichts angeboten, Frankreich nichts verlangt; weder Lord Clarendon bei seinen Pariser Reisen, noch das englische Kabinet in seinen Depeschen habe irgendwie auf die Rheingrenze als zu Frankreich gehörig angespielt.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

5. Aug.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28" 0,62'''	+13,0	N.W.	schw. bew.	heiter, kühl
Mittags 2 „	„ 0,05'''	+22,0	„	rein	„ heiß
Nachts 9 „	„ 0,00'''	+17,0	„	„	„ mild

Maxau, 6. Aug. Rheinwasser-Wärme 17½ Grad.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 9. Aug. 3. Quartal. 77. Abonnementsvorstellung. **Graf Rochberg;** Schauspiel in 5 Akten, von C. Winter.

Z.m.443. Karlsruhe. Am 5. August dieses Jahres, Abends, starb nach langem, schwerem Leiden, in einem Alter von 72 Jahren 14 Tagen, Susanne Doll, geborne Müller, eine treue Gattin, eine liebevolle Mutter und Großmutter.

Von diesem Verluste setzen wir entfernte Verwandte und Freunde hiermit in Kenntniß und bitten um ihre stille Theilnahme.

Karlsruhe, den 6. August 1864.

Doll, Dekan a. D.
K. W. Doll, Hofprediger.
A. Armbruster, Oberschulrath.

Charakterbild Jesu,

ein Buch für die Gemeinde geschrieben, von Kirchenrath **Dr. Schenkel** in **Heidelberg.**

Zur Besprechung dieses Buchs kommen einige Glieder der Gemeinde, für welche dasselbe geschrieben ist, so Gott will, **Mittwoch den 10. August, 2 Uhr,** im **Waisenhaus** in **Dinglingen** zusammen. — Alle jene Mitglieder der evangelischen Kirche, welche die Bibel als Gottes Wort anerkennen, werden hiemit zur Theilnahme an dieser Besprechung eingeladen.

Karl Mez, Kirchengemeinderath in Freiburg.
Gottlieb Roth, Bürgermeister in Dundenheim.
Karl Breithaupt, Kirchengemeinderath in Nonnenweier,
Ferdinand Fingado, Waisenhausvorsteher in Dinglingen. Z.m.387.

Z.m.448. Karlsruhe. N.B.Nr. 2446. Ein **Kellner** und ein **Koch** solid und gewandt in ihrem Fach, können eine gute **Jahresstelle** sogleich, und ein (Kellner-)**Lehrling** Aufnahme in nächster Zeit erhalten durch das

Kommissionsbureau von **J. Scharpf** in **Karlsruhe.**

Z.m.124.

Bekanntmachung.

Die K. K. priv. allgemeine österr. Boden-Kredit-Anstalt in Wien macht hiermit bekannt, daß sie mit der Emission ihrer **steuerfreien,** 5prozentigen, **in Silber** verzinslichen und binnen längstens 50 Jahren **al pari in Silber** rückzahlbaren Pfandbriefe begonnen hat.

Dieselben werden in Stücken von 1000 — 500 — 400 — 300 — 200 — und 100 Gulden österr. Währung in Silber ausgegeben, und sind mit halbjährigen Zinscoupons versehen.

Die Rückzahlung erfolgt al pari in Silber, ohne jeglichen Abzug, nach Maßgabe der verfügbaren Mittel des Tilgungsfonds, der aus den annuitätsweisen Kapitalsrückzahlungen der Hypothekarschuldner gebildet wird.

Die Pfandbriefe lauten in der Regel auf Inhaber, werden aber auf Verlangen auch auf bestimmte Namen ausgestellt, und können in den österreichischen Staaten zu Anlagen von Kapitalien öffentlicher Verwaltungen, und von Pupillar- und Depositengeldern verwendet werden.

Jeder Pfandbrief wird entweder von dem durch Se. K. K. Apostolische Majestät ernannten Gouverneur oder einem Direktor, dann von einem Verwaltungsrath unterfertigt, sowie mit der Bestätigung des kaiserlichen Regierungskommissärs und eines Censors über die statutenmäßige Bedeckung des Pfandbriefes versehen.

Für die pünktliche Verzinsung und Rückzahlung der Pfandbriefe haften das gesammte Vermögen der Anstalt und insbesondere auch die von derselben erworbenen Hypotheken, deren Gesammtbetrag, inclusive der neben ihnen eventuell bestehenden Reserven, jederzeit die Summe der ausgegebenen Pfandbriefe mindestens erreichen muß.

Die Darlehen der Anstalt auf Hypotheken dürfen höchstens bis zur Hälfte des statutenmäßig ermittelten Werthes derselben sich erstrecken — auf Wälder und andere auf Anpflanzungen beruhende Objekte ein Drittel nicht übersteigen.

Die Zinsen werden gegen Beibringung der fälligen Coupons und die zur Rückzahlung verloosten Pfandbriefe gegen Rückgabe derselben ohne jeglichen Abzug an den Kassen der Anstalt in Wien und Paris, sowie auch bei der königl. württ. Hofbank in Stuttgart, den Herren Rob. von Frölich u. Cie. in München, Chr. von Frölich u. Söhne in Augsburg, Lödel u. Merkel in Nürnberg, **G. Müller & Cons.** in **Karlsruhe** und Gebr. Bethmann in Frankfurt a. M. in **effektivem** Silber ausbezahlt, bei welchen Stellen die Pfandbriefe bis auf weiteres zum Emissionskurse bezogen werden können.

Wien, den 7. Juli 1864.

Der Gouverneur der k. k. priv. allg. österr. Boden-Kredit-Anstalt.
(gez.) **Graf Almasy.**

Bezugnehmend auf vorstehende Annonce zeigen wir hiermit an, daß uns die Agentur der Oesterreichischen Boden-Kredit-Anstalt für das Großherzogthum Baden übertragen ist und oben bezeichnete Pfandbriefe dieser Anstalt zum Kurs von 87 % in österr. Silber bei uns bezogen werden können.

Karlsruhe, den 9. Juli 1864.

G. Müller & Cons.

Z.m.449. Bei **F. M. Reichel** in **Baden-Baden** ist erschienen und von da, sowie durch jede solide Buchhandlung zu beziehen, in ***Karlsruhe*** vorräthig in der ***G. Braun'schen Hofbuchhandlung:***

Illustrirter Führer
für
BADEN-BADEN
und Umgegend

mit Inbegriff des **Oos-, Murg-, Rench-, Kinzig-, Alb-** und **Enzthals** etc.

und den darin befindlichen Bädern, als: **Wildbad, Herrenalb, Hub, Erlenbad, Sulzbach, Antogast, Freiersbach, Petersthal, Griesbach, Rippoldsau, Wolfach,**

sodann das **Kloster Allerheiligen** und seine Wasserfälle.

Mit circa 200 in Holz gestochenen Illustrationen, Karten und Plänen.

Preis in elegantem Leinwand-Einband mit Goldpressung 2 fl. 30 kr.

Z.m.349. Karlsruhe.

Fichtennadel-Cigarren.

Die Unterzeichneten beehren sich, einem wohllöblichen Publikum zur Kenntniß zu bringen, daß, anfangend mit **Sonntag** dem 31. Juli d. J., die von

Laz. Morgenthau in Mannheim

erfundenen, mittelst Ministerialreskript vom 24. Juni 1864, Regierungsblatt Nr. XXVII, für das Großherzogthum Baden patentirten **Fichtennadel-Cigarren,** zum Preis von 3 und 6 kr. per Stück, bei ihnen zu haben sind.

Die Nr. I à 3 kr. ist als eine sehr leichte, wohlschmeckende Cigarre, besonders Kranken, die an Heiserkeit, Brustverschleimungen, chronischen Katarrhen, überhaupt an Auflockerung der Schleimhäute leiden, sehr zu empfehlen, wogegen die Nr. II à 6 kr., etwas stärker in Qualität, den Rauchern zu empfehlen ist, die mit einer feinen Cigarre die Wohlthaten der Fichtennadel-Präparate genießen wollen.

Zu geneigtem Zuspruch halten sich bestens empfohlen

Zollikofer & Schollenberger.

Buchdruckerei-Empfehlung.

Z.m.415. **Ettlingen.** Durch Anschaffung einer **Schnellpresse** neuester Konstruktion, nebst den modernsten Schriften, Einfassungen und Verzierungen, bin ich nun in den Stand gesetzt, **Druckarbeiten** jeder Art, sowie größere Werke **billigst** und **schnellstens** zu liefern.

Geschmackvolle und saubere Arbeiten zu fertigen, wird mein eifrigstes Bestreben sein.

Indem ich Dies zur gefälligen Notiz anzeige, empfehle ich mich zur Uebernahme von Aufträgen jeder Art bestens.

Zugleich mache ich auf das in meinem Verlage erscheinende **Ettlinger Wochenblatt** (amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Ettlingen und Anzeigeblatt für die Aemter Rastatt und Gernsbach) aufmerksam; dasselbe eignet sich zu Anzeigen und Bekanntmachungen aufs beste, da dieselben bei der großen Verbreitung des Blattes stets guten Erfolg haben.

Fr. Diehm,
Buchdruckerei in Ettlingen.

Z.m.376. Jöhlingen, Oberamts Durlach.

Gemeinde-Arztstelle.

Wir beabsichtigen, die am 21. Oktober d. J. hier frei werdende Gemeindearztstelle wieder zu besetzen und fügen bei, daß die hiesige Gemeinde nahezu 2500 Einwohner zählt, die einen jährlichen Gehalt von 400 fl. bietet. Die Bewerber haben sich über Licenz der innern Heilkunde, Chirurgie und Geburtshilfe genügend auszuweisen und Zeugnisse hierüber

innerhalb 6 Wochen

anher einzusenden.

Weitere Auskunft wird auf Verlangen gern ertheilt.

Jöhlingen, den 21. Juli 1864.

Bürgermeisteramt.
Schaier.
vdt. Rathschr. Unger.

Aufsehergesuch,

sogleich, Meldungen besorgt die Expedition dieses Blattes. Kaution und gute Zeugnisse sind erforderlich. Z.m.440.

Z.m.400. Stuttgart.

Offene Reisestelle.

Für ein Quincailleriewaaren-Geschäft in einer der größeren Städte Süddeutschlands wird ein junger Mann — nicht unter 22 Jahre alt — welcher diese Branche genau kennt, schon Reisen besorgt haben muß und über Brauchbarkeit und Solidität gute Zeugnisse vorlegen kann, gesucht. Frankirte Anträge befördern

J. Schmidlin & Co.

Z.m.401. Straßburg.

Kirchenornate.

Mademoiselle Mertian hat ihren Handel mit Kirchenparamenten in ***Strassburg*** in **die Spießgasse Nr. 21** im 1ten Stock verlegt.

Zu verkaufen

zwei Pferde mit oder ohne Geschirr und Chaise.

Näheres bei der Expedition dieses Bl. Z.m.417.

Z.m.454. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Die am 5. d. M. zu Mannheim aufgegebenen drei Zehnguldenscheine

„Steuer für nicht satirte Kapitalien"

sind heute bei großh. Steuerdirektion eingetroffen, wovon dem unbekannten Einsender auf diesem Wege die gewünschte Nachricht ertheilt wird.

Karlsruhe, den 6. August 1864.

Expeditur großh. Steuerdirektion.
Schmidt.

Z.m.424. Karlsruhe.

Gehilfen-Gesuch.

Für die Apotheke einer freundlichen Stadt des badischen Oberlandes suchen wir zum Eintritt auf 1. Okt. einen tüchtigen Gehilfen gegen 240 fl. Salair.

Gebrüder Jost.

Kellnergesuch.

Z.m.371. Ein tüchtiger erfahrener **Kellner,** der französisch spricht, ein gefälliges und artiges Aeußere besitzt, kann gegen gutes Salair dauernde Stelle finden. Eintritt gleich. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes unter Nr. 222.

Z.i.868. Säckingen. (Aufforderung.) Die Meßmerei Murg besitzt seit unvordenklichen Zeiten in dortiger Gemarkung drei Viertel Wiesen altes Maß in der Moosmatt, Sigristengut genannt, neben Magnus Lüthy, Josef Lüthy und Fridolin Ortstein.

Der dortige Gemeinderath verweigert den Eintrag dieses Grundstücks zum Grundbuch und die Ertheilung der Gewähr hiefür. Nach Antrag der Stiftungskommission werden daher alle Diejenigen, welche an jenem Grundstück in den Grund- und Pfandbüchern nicht eingetragene, auch sonst nicht bekannte dingliche, oder lehenrechtliche oder fideikommissarische Ansprüche haben oder zu haben glauben, aufgefordert, solche

innerhalb 28 Tagen

anzumelden oder geltend zu machen, widrigenfalls für die Aufgeforderten, aber nicht Erschienenen im Verhältniß zur Meßmerei Murg die lehenrechtlichen oder fideikommissarischen Ansprüche oder dinglichen Rechte verloren gehen.

Säckingen, den 28. Juli 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Fischler.

Z.m.445. Nr. 8348. Bonndorf. (Schuldenliquidation.) Mathias Bermann von Stühlingen beabsichtigt, mit seiner Familie nach Amerika auszuwandern. Etwaige Forderungen an denselben sind in der auf

Donnerstag den 11. August,
Vorm. 9 Uhr,

angeordneten Liquidationstagfahrt geltend zu machen.

Bonndorf, den 3. August 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Seidenspinner.

Z.i.863. Nr. 4453. Blumenfeld. (Aufforderung und Fahndung.) Lorenz Berg von Blumberg ist der Entwendung verschiedener Gegenstände, im Betrag von 2 fl. 39 kr., angeschuldigt. Da sein Aufenthalt unbekannt ist, wird er auf diesem Wege aufgefordert, sich binnen 14 Tagen zu stellen, indem sonst nach dem Ergebniß der Untersuchung das Erkenntniß würde gefällt werden.

Zugleich bitten wir, auf denselben zu fahnden und ihn im Betretungsfall anher abzuliefern.

Blumenfeld, den 30. Juli 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Schmidt.

Frankfurt, 5. August 1864.

		Per compt.			Per compt.
	Staatspapiere.				
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	4% Obligation.	100¼ G.
„	5% do. in holl. St.	— —	„	3½% do.	94 P.
„	5% do. 1852 i. Lst.	81½ P.	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	102¼ P.
„	5% do. 1859 „ „	80⅝ P.	„	4½% do.	102⅜ P.
„	5% do. 1864 „ „	76¾ P.	„	4% do.	99¼ G.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	— —	„	3½% do.	92½ G.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	84⅛ P.	Kurhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	100 P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	68⅝ b. G.	Brschw	3½% O. b. R. à 105	93¼ P.
„	5% Met.-Obligat.	62⅜ P.	Erbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	89¼ G.
„	5% do. 1852 C. b. R.	62½ P.	„	4% do. à 105 kr. b. E.	89½ P.
„	4½% Met.-Oblig.	54½ P.	Frankf.	3½% Obligation.	96¼ P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	106 P.	„	3% do.	92½ P.
„	4½% do.	102¼ P.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	87¼ P.
„	4% do.	97¾ G.	Finnl.	4½% O. i. R. à 105	88⅜ G.
„	3½% Staatssch.	90 G.	Span.	3% inl. Schuld	49⅛ G.
Bayern	4½% 1jährig	102⅜ P.	„	2¼% Schuld	44⅝ G.
„	4½% ½jährig	102¼ G.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100½ G.
„	4% 1jährig	99⅝ P.	Italien	5% Rente Fr. à 28 kr.	69 P.
„	4% ½jährig	100 P.	Schwd.	4½% Obligation.	94 G.
„	4% Ablös.-Rente	99⅝ P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	93½ G.
„	3½%	96¾ P.	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	101 G.
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105⅜ G.	„	4½% Bern. St.-O.	102 P.
„	4% do.	103¾ G.	„	4% do.	— —
„	3½% do.	96 bez. G.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	— —
Baden	4% Obligation.	100⅛ P.	N-Am.	6% St. i. D. r. 1881	45⅝ bez.
„	3½% do. v. 1842	92⅜ G.	„	6% do. r. 1882	43¾ bez.
G.Hess.	5% Obligation.	102 P.	„	5% do. r. 1871	— —

Anlehens-Loose.		
Oest. 250 fl. b. R 1839	135 b. G.	
„ 250 fl. „ 1854	78¼ P.	
„ 100 fl. Pr. 1858	132 G.	
„ 500 fl. v. 1860 6/7	84⅛ b. G.	
„ 100 fl. v. 1864	95½ P.	
3½% Preuß. Pr. A.	— —	
Schwed. Rthlr. 10 L.	9⅛ G.	
Bad. 50-fl.-Loose	— —	
„ 35-fl.- „	53¼ G.	
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	55¾ P.	
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	133⅝ P.	
„ 25 fl. „ „ „	37¼ P.	
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36 P.	
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	63½ P.	
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	32⅞ P.	
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	35¾ P.	
3% Bordeaux 100 Fr	84½ P.	
Ansb.-Gunzenh. L.	10⅞ P.	
Wechsel-Kurse.		
Amsterdam k. S.	100 G.	
Antwerpen „	94⅛ G.	
Augsb. 24 fl. 100 „	99¾ G.	
Berlin „	105⅛ B.	
Bremen „	96½ B.	
Brüssel „	94⅛ G.	
Cöln „	105⅛ B.	
Hamburg „	88½ G.	
Leipzig „	105⅛ B.	
London „	119¼ B.	
Maild. i. Fr. 200 „	94 G.	
München „	99⅞ B.	
Paris „	93½ bez.	
„ 60 à 90 T.	— —	
Wien t. S.	102⅝ bz.	
Disconto	3½% G.	
Gold und Silber.		
Pistolen fl.	9 40½-41½	
Preuß. Frd'or. „	9 56 -57	
Holl. fl. 10 St. „	9 49 -50	
Rand-Ducat. „	5 34 -35	
20-Frankenst. „	9 26 -27	
Engl. Sover. „	11 50 -54	
Russ. Imper. „	9 41 -43	
Gold pr. 8 pfd. „	807 -812	
5-Frank.-Thl. „	— —	
Alte österr. 20 r. „	30 24 G.	
Rand-20 r. „	30 12 G.	
Hh. Silb. p. Pfd. „	52 15-45	
Preuß. Cassch. „	1 44⅞-45⅛	
Doll. in Gold „	2 27 -28	

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	139 G.	4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	96¼ P.
3% Oesterr. Bank-Aktien	804 P.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50½ P.
5% „ Cred. A. i. O. W.	197 G.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	50½ P.
3% Bayer. Bank à fl. 500	918 G.	5% Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	76⅝ P.
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	220 G.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	78⅞ G.
4% Weimar. Bank-Aktien	95¾ G.	5% do. neueste Emiss. 6/7	73¼ P.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	98½ G.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	81½ P.
4% Luxemb. Bank-Aktien	105¼ P.	5% Galz. Carl Ldwb.-Pr O. 6/7	86 P.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Hess. Ldwigsb.-Prior.	101 P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	326½ P.	5% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	— —
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	98 P.	5% „ „ 2. „ „ „	— —
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	199 G.	4½% Ldwb.-Verb. Pr.-Obl.	102⅝ P.
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	110 G.	4% „ „ „	97¾ P.
5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	68 G.	4½% Rhein-Naheb. Pr.-O.	100½ P.
Rhein-Nahe-Bahn	27¾ G.	5% Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Ldwb.-Verb. Eisenbahn	149 G.	4% Südd. Bnk.-A. 40% Einz.	246½ P.
4% Neustadt-Dürkheimer	— —	Span. Cr. b. Pereire 90% „	— —
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	105⅞ G.	4½% Bayer. Ostb. 50% „	110⅝ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	110⅝ G.	3% Deutsch. Phönix 20% „	152 G.
4% Hess. Ludwigsbahn	123⅝ P.	Frkf. Rückvers.-G. 10% „	106 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provident. 20% „	90 P.
4½% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	100 P.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)